

ALBERT RIEDELSHEIMER

- Umweltbürgermeister -

Albert Riedelsheimer • Kapellstr. 19 • D-86609 Donauwörth

Große Kreisstadt Donauwörth
Herrn Oberbürgermeister Jürgen Sorré
Rathausgasse 1

86609 Donauwörth

Kapellstr. 19
D-86609 Donauwörth

Telefon:

Mobil:

E-Mail: a.riedelsheimer@gruene-schwaben.de

Donauwörth, den 28. Oktober 2021

Antrag Klimamanifest

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am kommenden Sonntag beginnt in Glasgow die UN-Klimakonferenz. Bis zum 12. November werden Expert*innen und Politiker*innen über Möglichkeiten der fortschreitenden Erderwärmung entgegen zu wirken diskutieren. Städte und Gemeinden erfüllen eine wichtige Vorbildfunktion, wenn sie den Energieverbrauch öffentlicher Gebäude reduzieren, die eigenen Beschäftigten zu klimafreundlichem Verhalten motivieren, selbst Ökostrom ernten und beziehen oder kommunale Wälder nachhaltig bewirtschaften. Die Einflussmöglichkeiten sind auf dieser Ebene am größten, weil das eigene Handeln im Mittelpunkt steht.

Grundlagen unserer Politik müssen das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit sein. Dieser verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das Überschreiten von relevanten Kipppunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist schnelles und substanzielles Handeln in den nächsten Jahren entscheidend.

Bei der Erreichung des globalen Ziels der Kohlendioxidreduktion gilt es, alle Potenziale auszuschöpfen. Auch wenn Donauwörth dazu nur einen kleinen Beitrag leistet, sind auch wir zum Handeln aufgerufen. Wenn nicht rechtzeitig eine Trendwende bei den Treibhausgasemissionen eingeleitet wird, sind hunderte Millionen Menschen in Gefahr und ein Klima-Notstand tritt ein. Nicht nur in fernen Gegenden, sondern auch in Zentraleuropa und in Schwaben. Klimaschutz findet nicht abstrakt auf Konferenzen statt, auch die Stadt Donauwörth muss reale Schritte zu tatsächlichem Klimaschutz beschließen und umsetzen. Es ist klar, was zu tun ist: Wir müssen uns so organisieren, dass unsere Zivilisation treibhausgasneutral funktioniert. Es dürfen schlussendlich nur so viel Treibhausgase in die Atmosphäre entlassen werden, wie gleichzeitig wieder absorbiert und gebunden werden können. Die Technologien dazu sind vorhanden, die Umstellung wird schließlich nur einen Bruchteil der zu erwartenden Kosten eines Klimawandels verursachen.

Das Bundesverfassungsgerichts hat im Urteil vom 29. März 2021 das deutsche Klimaschutzgesetz als unzureichend bezeichnet. „Die Verpflichtung zu mehr Klimaschutz verpflichtet alle staatlichen Ebenen zum Handeln. Deshalb müssen auch wir hier und jetzt entschlossen handeln und Schritte zu echtem Klimaschutz einleiten.“

Unsere Partnergemeinde Perchtoldsdorf hat bereits im Juni 2019 im Gemeinderat ein Klimamani-
fest verabschiedet. Diesem richtungsweisenden Beispiel wollen wir nun folgen.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellt daher folgenden Antrag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Künftig wird bei allen Beschlüssen des Stadtrats und seiner Gremien deren Klimarelevanz berücksichtigt und ausdrücklich angeführt. Hierzu werden dem Klimaschutzbeauftragten der Stadt sämtliche Vorlagen rechtzeitig zur Stellungnahme vorgelegt.
2. Maßnahmen mit positiver Auswirkung auf die Treibhausgasbilanz werden prioritär behandelt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im nächsten Jahr ein Konzept inklusive eines Zeitplans für eine klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2030 zu erstellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Bei den in Ausarbeitung befindlichen neuen Bebauungsvorschriften finden die klimarelevanten Aspekte besondere Berücksichtigung (Energiehaushalt, Bodenversiegelung, Fassaden- und Dachflächengestaltung, Anbindung an den Öffentlichen Verkehr etc.).
5. Im öffentlichen Raum werden Baumfällungen nur in begründeten (Schadens)-Fällen durchgeführt. Diese Vorgehensweise soll durch Bewusstseinsbildung, Anreizsysteme und durch vermehrte Ausweisung von Freiflächen und Naturdenkmälern auch auf private Flächen ausgedehnt werden.
6. Es sollen alle betroffenen Bereiche durchleuchtet und sachdienliche Maßnahmen erarbeitet werden. Deshalb werden alle Ämter und Stabsstellen der Stadtverwaltung, die städtischen Betriebe und das Kommunalunternehmen verpflichtet, konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz in ihrem jeweiligen Bereich auszuarbeiten und den jeweiligen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Maßnahmen, die keiner Zustimmung der politischen Gremien bedürfen, werden zeitnah umgesetzt.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, mit mikar oder einem vergleichbaren Anbieter ein Konzept zum Carsharing in Donauwörth auszuarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, mit sigo oder einem vergleichbaren Anbieter ein Konzept zum E-Lastenrad-Sharing in Donauwörth auszuarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
9. Durch Entgeltumwandlungen können Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Kommunen nun ein Jobrad leasen. Möglich macht das der Tarifvertrag Fahrradleasing, der seit dem 1. März 2021 gilt. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Jahresende ein entsprechendes Konzept vorzulegen.
10. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Fahrrad- und Fußwegenetzes in Bezug auf „Kinder sicher zur Schule und zum Hobby zu Fuß, Roller und Fahrrad“ auszuarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
11. Die Verwaltung wird beauftragt für das Haushaltsjahr 2022 Sondermittel für den Radwegebau, den Bau von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden und die Sanierung leerstehender städtischer Wohnungen einzuplanen.

12. Die Verwaltung wird beauftragt, eine nachhaltige Beschaffungsrichtlinie unter Berücksichtigung der Gemeinwohlökonomie zu erarbeiten.
13. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Tempo 30-Zonen zu prüfen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
14. Folgende Maßnahmen zum Klimaschutz sollen sofort umgesetzt werden:
 - offensive Werbung für den Stadtbus
 - Alle Bushaltestellen im Stadtgebiet sollen attraktiv ausgestaltet werden. Hierzu zählen insbesondere Wetterschutz und Sitzgelegenheiten.
 - Ausweitung des Angebots des Stadtbusses
 - Beauftragung der Erstellung eines „Park and Ride-Modells“
 - Im Alfred-Delp-Park sollen an allen Straßen Laternen, die zugleich als Ladesäulen für E-Autos dienen als Standard eingebaut werden. Andere geeignete Standorte insbesondere in Wohngebieten mit Geschosswohnungsbau sollen ebenfalls umgerüstet werden.
 - Ladestationen für Fahrräder an geeigneten Standorten sollen eingerichtet werden
 - Verwendung von 80 % regionalen und saisonalen Lebensmitteln aus ökologischem Anbau in städtischen Schulen und Kindergärten sowie bei der Bewirtung an städtischen Veranstaltungen.
 - Stärkung der Aktion „Zu Fuß zur Schule/ zum Kindergarten“
 - Pflanzung von regionalen Obstbäumen zum Ernten für Bürgerinnen und Bürger und zur Vermarktung im Stadtladen
 - Prüfung von nachhaltigen Geldanlagen bei der GLS-Bank und Umweltbank oder anderen Banken
 - Ausarbeitung eines Konzepts für die Schaffung von Fahrradabstellanlagen im gesamten Stadtgebiet
 - Schaffung von „Insekteninseln“ im gesamten Stadtgebiet
 - Konzept zur Ressourcenschonung durch weitergeben und verschenken von gebrauchten Monitoren, PCs, Laptops und anderen Verbrauchsgegenständen
 - Beschädigte Güter sollen zum weiteren Verbrauch repariert oder wenn dies unwirtschaftlich ist, dem Reparatur Café übergeben werden
 - Konsequente Mülltrennung (Papier/ Restmüll/ Plastik/ Biomüll) in allen städtischen Einrichtungen
 - Vermeidung von Plastik bei Beschaffungen, Verpackungen und sonstigen Anlässen

Bei den genannten Maßnahmen sollen lokale Organisationen und Vereine (Naturschutzbund, Transition Town, Sinnsalabim, ...) eingebunden werden.

Mit freundlichen Grüßen

Albert Riedelsheimer
Umweltbürgermeister

Bärbel Stahl
Fraktionsvorsitzende